

Der Beitrag des bilateralen Dialogs zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Rumänischen Orthodoxen Kirche zur Europa-Diskussion von den 1970er Jahren bis in die Gegenwart

Martin Illert¹



Fragestellung

Man kann mit Recht feststellen, dass es bei den bilateralen theologischen Dialogen zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und den orthodoxen Kirchen des Ökumenischen Patriarchats, des Moskauer Patriarchats oder eben auch des Patriarchats Bukarest immer auch um das Thema der europäischen Identität als einer christlichen Identität ging und geht. Sehen und verstehen sich doch in diesen Dialogen beide Seiten durch die geographische Lage ihrer Heimatländer oder aber mindestens durch die Lage ihrer Diasporagemeinden als Kirchen mit – wenigstens auch – einer europäischen Identität.

Außerdem können wir in vielen Fällen bei diesen Dialogen auch durch einzelne Akteure eine institutionelle und thematische Rückbindung der Arbeit im Dialog an die europäisch-kirchlichen Strukturen, insbesondere an die Strukturen der Konferenz Europäischer Kirchen, feststellen. Dies gilt für die Anfänge des Dialoges der EKD mit dem Moskauer Patriarchat (hier sei beispielhaft nur die Person des westfälischen Präses Ernst Wilm genannt) ebenso wie für lange Phasen des Dialoges der EKD und der Rumänischen Orthodoxen Kirche (hier lief eine enge Verbindung über den uns allen bekannten und verehrten Vater Prof. Viorel Ionita).

Geht man von einer solchen geographischen, institutionell und strukturellen Voraussetzung aus, so wäre von mir heute hier das *gesamte* Dia-

¹ Oberkirchenrat Prof. Dr. Martin Illert ist Referent für Orthodoxie, Stipendien und allgemeine Ökumene im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und unterrichtet Ostkirchenkunde an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

loggeschehen zwischen der Rumänischen Orthodoxen Kirche (RumOK) und der EKD vom ersten Treffen 1979 an bis zum heutigen Tage als ein Prozess europäischer Verständigung zu betrachten. Ja, man könnte diese Perspektive sogar mit gutem Recht weiter auf die davorliegenden Zeiten ausdehnen, und die protestantisch-orthodoxen Kirchenbeziehungen beider Seiten seit der Reformation, wie dies bekanntermaßen Vater Constantin Păuleanu in seiner Hallenser Dissertation untersucht hat, als ein Paradigma des europäischen kulturellen Dialoges und der theologischen Identitätsfindung beschreiben.

Diese Untersuchung könnte man entweder schwerpunktmäßig geistesgeschichtlich führen oder aber, vielleicht auch mit Blick auf historische Prozesse, als eine Geschichte der Migration und der durch sie entstehenden Wahrnehmungen und Mentalitäten denken. Institutionengeschichtlich könnte man die Herausbildung und Veränderung der Beschreibung der beiden kirchlichen Identitäten im Dialog, ihres Nebeneinanders und ihrer Wechselwirkungen untersuchen und dies womöglich als einen Beitrag zu einer in einem tieferen Sinne ökumenisch gedachten Kirchengeschichte verstehen.

Mein Vorhaben ist aber sehr viel bescheidener und deutlich begrenzter. Ich möchte einen Blick auf diejenigen Texte aus dem bilateralen Dialog zwischen der RumOK und der EKD werfen, die sich explizit mit der Frage der europäischen Identität und der christlichen Identität Europas auseinandersetzen.

Diese Vorentscheidung begrenzt die Anzahl der zu untersuchenden Quellen enorm und wie wir sehen, schränkt sie auch den zu untersuchenden Zeitraum des Dialoges ein, denn: Obgleich das Thema Europa bereits aufgrund der Identität beider Kirchen, die dort miteinander sprachen, sozusagen subkutan und implizit immer eine Rolle in dieser Begegnung spielte, finden wir doch nur in ausgewählten Stücken und in einem spezifischen Zeitraum die explizite Behandlung des Themas durch beide Kirchen.

Vorgeschichte

Dass die ersten Begegnungen der Dialoge die europäische Thematik nicht explizit besprachen, hatte natürlich auch etwas mit dem politischen Kontext des Kalten Krieges und den entsprechenden Gefahren der Instrumentalisierung der Kirchen auf diesem Gebiet zu tun. Dass sich beide Seiten ausschließlich der systematisch-theologischen Diskussion widmeten und die gesellschaftlichen und politischen Kontexte komplett ausblendeten, half ihnen bei der Wahrung ihrer kirchlichen Identitäten.

Der theologischen Verständigung der ersten fünf Begegnungen bis 1988 tat diese Konzentration auf das genuin Theologische gewiss keinen Abbruch. Doch nur in dem schon beschriebenen, sehr weit gefassten Sinne einer Verständigung zwischen den europäischen theologischen Traditionen des Ostens und des Westens könnte man die gemeinsamen, fraglos sehr wertvollen und alle Gespräche zwischen Orthodoxie und Protestantismus inspirierenden Kommunikés etwa zur Frage von Theosis und Rechtfertigung als Beiträge zur europäischen Identitätsbestimmung der Kirchen lesen. Explizite Äußerungen enthalten sie bewusst nicht.

Was aber der evangelischen Seite aus diesen Begegnungen über die kulturelle Verortung ihrer Gesprächspartner deutlich wurde, ist der besondere Umstand, es mit einem Brückenland zu tun zu haben, das in mehrfacher Hinsicht eine mediatorische Stellung zwischen den Traditionen innehaben könnte – und dies meinte man auf EKD-Seite sowohl innerorthodox als auch interkonfessionell bemerken zu können: Innerorthodox durch Sprache und Kultur eine Mittelstellung zwischen griechischer und slawischer Tradition, interkonfessionell durch die Erfahrung der Konvivenz mit sächsischen Lutheranern und ungarischen Calvinisten.

Historische Rahmenbedingungen der Europa-Diskussion im bilateralen Dialog

Eine Diskussion der politischen Aspekte europäischer Verständigung wurde noch einmal anders als zuvor nach der politischen Wende von 1989–1990 möglich. Seit der Aufnahme des Landes in den Europarat 1992 musste sich die RumOK mit dem Pluralismus und der religiösen Vielfalt arrangieren. Sie musste ihr Selbstverständnis gegenüber einer pluralistischen Gesellschaft artikulieren. Diese Herausforderung wurde zunächst im Streit um die Religionsgesetzgebung sichtbar. Traditionelle Versuche der Identitätsstiftung erwiesen sich im neuen Kontext als nicht tragfähig. Auch der deutschen Seite war diese Erfahrung vertraut, da die politische Wende die westdeutschen Axiome des Staat-Kirchen-Verhältnisses erschüttert hatte.

In der zentral- und nordeuropäischen Diaspora hatte sich die RumOK 1993 mit der Gründung der Metropole in Nürnberg unter Metropolit Serafim Joanta als eine eigenständige Größe konstituiert. Serafims Aufgabe war die Zusammenführung der unterschiedlichen Jurisdiktionen. Eine Reflexion über das Selbstverständnis bot sich hier an, zumal die kirchliche Auslandsarbeit sich nicht mehr in den Dienst der staatlichen Propaganda stellen lassen musste. Zugleich drängte das Thema der wachsenden rumänischen Diaspora in Deutschland das Thema der deutschen Diaspora

Doch auch die deutsche Seite stand vor vergleichbaren Herausforderungen: Mit der deutschen Wiedervereinigung 1990 war ein erster Schritt hin zur europäischen Osterweiterung getan worden. Der Vertrag von Maastricht 1992 dokumentierte, dass die Erweiterung Europas mit einer stärkeren politischen und rechtlichen Abstimmung der Einzelstaaten einhergehen würde. Ein Jahr später benannte die nun entstandene europäische Union mit den Kopenhagener Kriterien Menschenrechte und Minderheitenschutz als Beitrittskriterien.

Das Europa der 1990er Jahre war nicht mehr das Europa de Gaulles: Säkularisierung und Diversifizierung hatten dem Kontinent den ihm seinerzeit zugesprochenen „christlichen“ Charakter weitgehend genommen.

Der Gedanke, das kirchliche Miteinander könne durch seine plurale Struktur ein Vorbild für das europäische Miteinander sein, wandelt einen Gedanken des Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios ab. Mit der versöhnten Verschiedenheit wird zugleich ein Zentralbegriff der Leuenberger Konkordie in das Kommuniké eingetragen.

Seit der politischen Wende sollten die Kirchen durch die Ökumene nicht länger die Harmonie der Gesellschaft spiegeln, sondern durch den Dialog das Miteinander in der pluralen Gesellschaft fördern.

Damit sind die zentralen Fragestellungen des Europa-Diskurses im Kontext des bilateralen Dialoges genannt: Es ging um die Herausforderung, angesichts der Säkularisierung und des Pluralismus, ein gemeinsames Zeugnis der Kirchen zu geben und zugleich den politischen Prozess der Einigung in kritischer Solidarität und keinesfalls in Ablehnung zu begleiten.

Aussagen zum Europa-Diskurs

Die Referenz auf den Prozess der Säkularisierung bildet sozusagen den analytischen Ausgangspunkt der Kommunikés. Diese Säkularisierung wird als Phänomen vorausgesetzt. Sie begegnet u. a. im Kommuniké des Jahres 1998, wo es heißt:

„Die weitgehende Säkularisierung im privaten wie im öffentlichen Leben gehört zu unserer Welt.“

Und in ähnlicher Weise spricht man noch einmal zu einem späteren Zeitpunkt von der

„überall sinkende[n] Prägestkraft christlicher Tradition“.

In Abgrenzung zu Säkularisierungsdeutungen, die das Verschwinden der Religion voraussagen, deuten die Kommunikés die Säkularisierung als religiöse Transformation und stellen fest, die gegenwärtigen Tendenzen bedeuteten

„nicht automatisch die Abnahme des religiösen Interesses der Menschen“.

Wird diese Annahme der Transformation in eine Beziehung zur Säkularisierungsthese gesetzt, so wird plausibel, dass es angesichts der Vielzahl der Stimmen eines *gemeinsamen* Zeugnisses der Kirchen bedarf. Entsprechend heißt es im Kommuniké von 1998 nicht nur

„Es gehört zum bleibenden Auftrag der Kirche, an ihren eigenen Werten festzuhalten“,

sondern auch:

„Europa braucht nicht nur eine Gemeinschaft versöhnter Völker und Staaten, sondern auch eine Gemeinschaft versöhnter Kirchen.“

Ihrerseits soll die Gemeinschaft der versöhnten Kirchen ein Muster der Pluralität für das politische Europa werden. Entsprechend heißt es:

„Europa [...] soll Platz haben für unterschiedliche spirituelle Ausdrucksformen. Es soll weder politisch noch kulturell zentralistisch oder gar totalitär gestaltet werden, sondern plural und demokratisch. [...]. Aus christlicher Sicht sollte die nationale Identität als Ort kultureller Gemeinschaft und Kommunikation gefördert werden. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn die nationale Identität zugleich offen ist für die Schaffung einer noch größeren, auch über Europa hinausgehenden Gemeinschaft von Menschen und Völkern und so dem Frieden dient.“

Zugleich soll das gemeinsame Zeugnis der Kirchen Europa durch ihr soziales Ethos prägen:

„Mit ihrem sozialetischen Zeugnis können die Kirchen das politische Gewissen wecken, damit verstärkt auf Solidarität, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Chancengleichheit und den Schutz von Minderheiten geachtet wird.“

Die Kirchen sollen aber nicht nur Minderheitenschutz propagieren, sondern v.a. auch selbst Menschen und Völker in Europa zusammenführen.

„Die Kirchen haben die besondere Aufgabe, die Menschen auf ihrem Weg zueinander geistlich zu begleiten.“

An anderer Stelle heißt es:

„Nächstenliebe, die religiöse Schranken überschreitet (LK 10,29–37) wird so zum Prüfstein der christlichen Identität.“

Diese Forderung wird eucharistisch und damit auch christologisch begründet, außerdem wird ein Bogen zum bekannten Motto Ion Brias von der Diakonie als der Liturgie nach der Liturgie geschlagen:

„Wir waren uns einig, dass die politisch-gesellschaftliche Verantwortung der Kirche zu ihrem Wesen als Leib Christi gehört. Sie ergibt sich daraus, dass die Kirche als Gemeinschaft in Christus zu Gott, zu den Mitmenschen und zur ganzen Schöpfung in Beziehung steht. Dieser Beziehungscharakter der Kirche [...] konkretisiert sich vorrangig in der eucharistischen Versammlung. Eng verbunden mit der Feier des Opfers Christi in der Liturgie ist die ‚Diakonia‘ der Kirche an der Welt. Dabei bemüht sie sich um konkrete Antworten auf die Vielfalt der Leiden und der Bedürfnisse der Menschen.“

Im zusammenwachsenden Europa verstanden beide Partner die Kirchen als zivilgesellschaftliche Akteure, die sich durchaus in den politischen Debatten zu Wort melden dürften.

„Im politischen Engagement der Kirche kommt die Liebe, die ihre soziale und solidarische Dimension entdeckt hat, zum Ausdruck. Die Politik ist in diesem Sinne eine Art, anderen zu dienen. Sie hat mit dem Reich Gottes zu tun, weil sie mit Gerechtigkeit zu tun hat, die ja eine messianische Gabe, ein Gut des Gottesreiches ist. So verstandene Politik zielt aufs Gemeinwohl, auf die Förderung von Gerechtigkeit, Menschenrechten und Versöhnung, auf das Aufdecken von Korruption und Verletzung der Menschenrechte ab [...] Der Sendung der Kirche widersprechen: die ausschließliche Identifikation mit dem Programm einer Partei, das Streben nach eigener politischer Macht und konfessionalistischer Privilegierung der eigenen Kirche.“

Das Selbstbild der Kirchen als „Seele“ der Gesellschaft, hier konkret als „Seele Europas“ – ähnlich wie dies im Diognetbrief als die Rolle der Christen beschrieben wird – wird zwar nur implizit deutlich, ist aber fraglos unübersehbar:

„Obwohl in Europa die Grenzen zwischen den Mitgliedsländern gefallen sind, hat es doch noch ‚nach innen Risse‘ und ein weiteres Zusammenwachsen der Menschen in Europa steht noch aus. In

dieser Situation, in der die Politik schnell Wirklichkeiten geschaffen hat, haben die Kirchen die Aufgabe, die Menschen auf dem Weg zu einander zu begleiten.“

Angesichts dieser altkirchlichen Parallele wäre es interessant zu fragen, ob die Europa-Äußerungen der Kirchen auch eine apologetische Funktion erfüllen, dergestalt, dass die Kirchen angesichts wachsender säkularer Kritik ihren eigenen gesellschaftlichen Nutzen unter Beweis stellen wollen.

Die Charta Oecumenica als zentraler Referenzpunkt des Kommuniqués der bilateralen Dialoggespräche

Schauen wir uns diese Argumentationsstränge an, so sind deutliche Parallelen zu anderen Texten zu erkennen.

a) Dialog mit dem Ökumenischen Patriarchat als Vergleichstext

So hielt die EKD mit dem Ökumenischen Patriarchat im bilateralen Dialog ebenfalls die Bedeutung des Engagements für Europa fest: „Die orthodoxe und die evangelische Kirche bekennen sich zur gesamtchristlichen Verantwortung für die Zukunft Europas und wollen dazu ihren Beitrag leisten.“

Und wie im Dialog mit der RumOK so wird auch im Dialog mit dem Ökumenischen Patriarchat das gemeinsame Zeugnis als Aufgabe der Kirchen in Europa angesichts von Nationalismen und Säkularismen geschildert: „Im zusammenwachsenden Europa kommt den Kirchen des Westens und des Ostens eine besondere Mitverantwortung zu.“

b) Die Charta Oecumenica als zentraler Referenztext

Diese Parallelen sind leicht zu erklären durch den gemeinsamen Bezug auf den Text der Charta Oecumenica, der zwischen 1997 und 2001 erarbeitet wurde und damit genau in den Entstehungszeitraum dieser Dokumente fällt. Angesichts der damaligen Diskussion um die europäische Einigung durch den Eintritt osteuropäischer Länder und der Diskussion um eine europäische Verfassung bot die Charta Oecumenica eine gemeinsame Wortmeldung der Kirche, die auch eine Grundlage für gemeinsames Handeln bieten wollte. Wie die beiden Dialogpartner wollten die Unterzeichner der Charta Oecumenica der Einheit im Glauben durch die gemeinsame Verkündigung des Evangeliums, d.h. durch das gemeinsame christliche Zeugnis, sichtbaren Ausdruck verleihen. Sie wollten Formen und Gremien

interchristlicher Kooperation stärken, Dialoge zwischen den Kirchen vertiefen, Zeugnis aus der christlichen Tradition für ein europäisches Ethos des Friedens geben, Völker und Kulturen versöhnen durch soziale, politische und wirtschaftliche Gerechtigkeit sowie über den Rahmen des christlichen Gesprächs hinaus den Dialog mit anderen Religionen suchen.

Fazit

Unter den Akten des Kirchenamtes der EKD, die den Dialog mit der Rumänischen Orthodoxen Kirche betreffen, findet sich auch ein Schreiben eines evangelischen Delegationsmitglieds aus dem Jahr 2010 an den Leiter der Abteilung Ökumene und Auslandsarbeit der EKD, Bischof Martin Schindehütte. In dem Schreiben beschwert sich das Delegationsmitglied darüber, dass man erneut das Thema „Europa“ für einen bilateralen Dialog vorgeschlagen habe, obwohl dies bereits mehrere Male zuvor geschehen sei. Weil außerdem viel zu spät zur Tagung eingeladen worden sei und deshalb keine gründliche Vorbereitung mehr möglich sei, erklärt das Delegationsmitglied in dem Schreiben zusammen mit einer Reihe von Aussagen zur Qualität der neueren Orthodoxiedialoge der EKD seinen sofortigen Austritt aus der Kommission.

Nimmt man den Autor des Briefes beim Wort, so sprachen beide Seiten über das Thema Europa mehr als sie es hätten tun sollen, ja, sogar so viel, dass es bereits einem Delegationsmitglied anstößig war, eine erneute Themensetzung zu Europa lesen zu müssen. Ein knappes Jahrzehnt später und angesichts einer veränderten politischen Großwetterlage aber auch nach dem Blick auf den Beitrag unserer Kirchen zur Europa-Diskussion, möchte ich eine andere, positive Bewertung vertreten. Tatsächlich scheint mir, dass sich unsere Kirchen hier der Frage nach ihrer Aufgabe für die Welt gestellt haben und um dieser Aufgabe nachzukommen, den Weg des gemeinsamen Zeugnisses gewählt haben. Beides scheint mir mitnichten anstößig, sondern im Gegenteil wichtig und auch mit Blick auf die Zukunft geradezu unverzichtbar zu sein.